



## **PRESSEMITTEILUNG SVP RUSSIKON**

### **Nationalrätin Natalie Rickli als Ehrengast bei der SVP Russikon**

Im Schützenhaus Russikon konnte Präsident Hans Aeschlimann Nationalrätin Natalie Rickli, die Kantonsräte Hans-Peter Amrein und Hans-Heinrich Raths, ZKB-Bankrat Peter Ruff, den Präsidenten der SVP Bezirkspartei Paul von Euw, Behördenmitglieder, Gäste aus umliegenden Sektionen und die Mitglieder und Sympathisanten der SVP Russikon begrüßen.

Natalie Rickli freute sich, darüber, dass in Russikon die Zusammenarbeit unter den Bürgerlichen funktioniert und wünscht sich, dass in Bern die bürgerliche Koalition, welche mit 101 Stimmen eigentlich über die Mehrheit im Parlament verfügen würde, vermehrt gemeinsame Positionen findet. Wo sie ganz offensichtlich nicht funktioniert ist im Bundesrat welcher mehrheitlich links-grüne Anliegen umsetzt und damit die Stärken der Schweiz immer mehr preisgibt.

Ihr Fokusthema Medienpolitik leitete Natalie Rickli mit Überlegungen zur No Billag Initiative ein und zeigte auf, wie geschickt die SRG die Einzelinteressen abholt und mit finanziellen Zuwendungen ruhig stellt. Infolge der knapp angenommenen Abstimmung über Zwangsgebühren wird die SRG heute mit 1'300 Millionen pro Jahr alimentiert (was machen die mit so viel Geld – auf die Qualität des Programmangebots scheint es keine Auswirkung zu haben). Erhebliche Beträge verteilt die SRG für das Lobbying. Millionen von Schweizerfranken werden in regionale Verbände, gemeinnützige Stiftungen und andere Interessengruppen gelenkt. Auch lokale Sender werden bis zu 70% über Billaggebühren finanziert. Auf diese Weise werden mögliche Konkurrenten abhängig gemacht und ruhig gestellt. Politiker welche die SRG freundliche Medienpolitik unterstützen erhalten nachweislich mehr Sendezeit als die Staatskritischen. Mitte-Links Politiker sind überproportional in den Organen der SRG vertreten. Wenn Medienschaffende indirekt durch den Staat finanziert werden und Politiker betreffend Medienpräsenz vom staatlichen Medienmoloch abhängig sind um wiedergewählt zu werden, bleibt der kritische Journalismus auf der Strecke. Es entsteht eine Tendenz behördliche Fehlleistungen weniger zu hinterfragen. Die staatlich alimentierten Medienschaffenden mutieren zu devoten Lippenlesern der Regierenden. Kein Wunder lesen und hören wir heute in allen Medien praktisch das Gleiche und unterscheiden sich die Interpretationen kaum.

Derart grosszügig mit Mitteln aus der Zwangssteuer Billag Gebühren alimentiert, kann es sich die SRG leisten, neue Formate der privaten Anbieter sofort zu kopieren und die eigenen Produkte mit höheren Mitteln auszustatten. Die staatlich finanzierten Antworten auf den Erfolg der Privatsender reichen von DRS 3 bis hin zum seichten Service-public-Musiksender Virus. Dazu kommt, dass viele der staatlich angebotenen Formate verschwindend kleine Konsumentenzahlen haben und damit eher staatlich finanzierten Beschäftigungstherapien für Medienschaffende gleichen. Es wird viel produziert – ob das jemand anschaut oder anhört scheint sekundär zu sein.



Zudem ernährt die Mediensteuer die Produzenten üppig. SRG-Boss de Weck beispielsweise bezieht ein Jahres-Gehalt von 536'000 CHF - ohne unternehmerisches Risiko notabene.

Wie bei allen Übertreibungen scheinen auch hier die verantwortlichen Politiker, allen voran BR Doris Leuthard, immer mehr einem Realitätsverlust zu verfallen. Eine erweiterte Mediensteuer für Unternehmen soll mit zehntausenden und mehr Franken pro Firma, den 1'300 Millionen CHF Mediensteuertopf zukünftig noch wesentlich weiter erhöhen. Dabei zahlen die Mitarbeiter in den Unternehmen ja schon privat überhöhte Mediensteuern und dies, egal ob die staatsfreundlich berichtenden Medien konsumiert werden oder nicht. Im Weiteren soll die neue Allianz von SRG Staatsfernsehen, Swisscom und der privaten Ringier Gruppe, die aus den Nutzungsdaten der Bürger gewonnen Verhaltensinformationen, für zukünftig intensivere Bewerbung der Kunden an Marketingorganisationen verkaufen dürfen. Bei Google und anderen Unternehmen würden die Journalisten und Politiker lauthals nach dem Datenschutz rufen. Wegen ihrer Abhängigkeit von der SRG verhalten sie sich aber ziemlich ruhig – genau wie es zu erwarten war.

Scheitert die No Billag Abstimmung, wird die Gier der Profiteure weiter zunehmen.

PR10092017